presse

Bericht der Bundesregierung soll Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit stärken

***Kerstin Griese**, Beauftragte für Kirchen- und Religionsgemeinschaften;*
***Frank Schwabe**, menschenrechtspolitischer Sprecher:*

Religions- und Glaubensfreiheit ist ein elementares Menschenrecht, das weltweit massiv verletzt wird. Um einen Überblick über das Problem zu bekommen, fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung zu einem Bericht über die Lage der Religions- und Glaubensfreiheit auf.

„Das Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit bedeutet, eine Religion oder Weltanschauung zu leben, sie aber auch wechseln zu können. Es beinhaltet zugleich die Möglichkeit, keine Religion oder Weltanschauung zu haben. Glaubensgemeinschaften und Einzelpersonen sind weltweit bedrängt, bedroht oder sogar verfolgt. Um auf diese Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen, fordern wir die Bundesregierung auf, Mitte kommenden Jahres einen Bericht vorzulegen, der sowohl den Stand der Religions- und Glaubensfreiheit weltweit darstellt als auch ihre politischen Bemühungen, die Lage zu verbessern.

Es geht darum, ein Zusammenleben in gegenseitigem Respekt zu fördern. Der Bericht über die Umsetzung des Rechts auf Religions- und Glaubensfreiheit kann wichtige Impulse geben.

Gewalttätige Übergriffe, für deren Rechtfertigung oftmals die Religion instrumentalisiert wird, haben in den vergangenen Jahren besorgniserregend zugenommen. Wo aber die Religionsfreiheit gefährdet und eingeschränkt ist, steht es meist insgesamt schlecht um die Menschenrechte. Unabhängig von ihrer Religion brauchen all jene Menschen unsere Solidarität und Unterstützung, die aufgrund ihres Glaubens diskriminiert, bedrängt oder verfolgt werden.“